

■ In diesen Tagen erscheint Heft 206 der Zeitschrift *Prokla*. Wir veröffentlichen daraus redaktionell gekürzt und mit freundlicher Genehmigung von Herausgebern und Autoren den Artikel von Kathrin Schäfers, Jochen Schroth und Manfred Wannöffel über »Gewerkschaftliche Gegenmacht in Unternehmensnetzwerken angesichts von Corona«.

(iw)

Die globale Wirtschaft ist eng verflochten. Das ist keine neue Erkenntnis, für die es ein Virus wie SARS-CoV-2 gebraucht hätte. Neu sind jedoch die empirischen Erkenntnisse, die die Coronapandemie hervorgebracht hat. Die industriellen Wertschöpfungsketten sind hochgradig komplex und deshalb sehr vulnerabel. Die Entwicklung der globalen Arbeitsteilung im Zeitalter vor Corona lässt sich wie folgt skizzieren: War es bis in die 1980er Jahre in den westlichen Industrienationen noch üblich, dass ein Unternehmen weitgehend selbst für die Entwicklung und Montage, den Vertrieb sowie die Vermarktung seiner Produkte zuständig war, so sind nach der Umsetzung des Konzeptes der »Lean factory« eine Vielzahl von spezialisierten System- und Komponentenzulieferern und Teilleistern in der Peripherie der Industrieländer in die einzelnen Arbeitsschritte involviert. Hauptgrund für die global agierenden Unternehmen sind vor allem komparative Kostenvorteile, die sie sich durch die Umstellung auf eine schlanke Produktion versprechen. Die Endkunden werden effizient versorgt: just in time und dazu auch vergleichsweise preisgünstig.

geopolitische Konflikte als auch auf Rohstoffmangel zurückzuführen. Mehr als 80 Prozent der Unternehmen erwarteten laut einer Umfrage des Institute for Supply Management, dass sich die pandemiebedingten Störungen auf ihr Unternehmen über Jahre auswirken werden. Nach zwei Jahren Pandemie stellt gerade der Mangel an Halbleitern für die Automobilindustrie eine seit dem Nachkriegszyklus noch nie dagewesene Herausforderung dar, die auch bis ins Jahr 2023 nicht vollumfänglich bewältigt sein wird.

### Covid-19 als Vorwand?

Mindestens 5,3 Millionen und bis zu 24,7 Millionen Arbeitslose: Diesen Anstieg der weltweiten Zahlen prognostizierte die International Labour Organization (ILO) gleich zu Beginn der Pandemie im Frühjahr 2020. Der aktuelle ILO-Bericht gibt den tatsächlichen Verlust für das Jahr 2020 mit einem deutlich höheren Wert an: 114 Millionen Arbeitsplätze sind im ersten Pandemiejahr verlorengegangen. Betroffen waren vor allem junge Menschen, Frauen, Geringverdiener und Geringqualifizierte. Darüber hinaus sind laut Umfrage der Responsible Business Alliance<sup>1</sup> aufgrund der Pandemie 50 Prozent der Produktionsstätten bei den Unternehmen und bei ihren Zulieferern weiterhin nicht voll ausgelastet. Bei 15 Prozent der erfassten Unternehmen liegt die Produktion weiterhin unter 50 Prozent, und in acht Prozent der Fertigungsbetriebe sind weniger als zehn Prozent der Beschäftigten wieder an ihren Arbeitsplatz zurückgekehrt.

Der Anteil der Beschäftigten, die in Ländern mit Beschränkungen durch Covid-19 leben, ist nach wie

in der Lieferkette der Textilindustrie traurige Begegnung, als 2013 mindestens 1.100 überwiegend weibliche Beschäftigte beim Einsturz des Fabrikkomplexes Rana Plaza in Bangladesch starben. Missachtungen von Arbeiterrechten und die Verantwortung von Unternehmen für ihre Lieferketten bestimmten daraufhin – zumindest vorübergehend – den politischen und gesellschaftlichen Diskurs.

Doch die derzeitige Pandemie wirkt wie ein Brennglas auf soziale Ungleichheiten weltweit. Zugespitzt gesagt: Auf der einen Seite gab und gibt es diejenigen, die sich im globalen Norden in weitgehend gesellschaftlich verfasster Erwerbsarbeit auf hinreichende Schutzmechanismen, beispielsweise Kurzarbeit, verlassen konnten. Auf der anderen Seite sind diejenigen, die entlang der Lieferkette in prekärer Beschäftigung (egal ob im globalen Norden oder Süden) zumeist um ihre Existenz fürchten. Dabei handelt es sich um Beschäftigte, die im gleichen Unternehmen, jedoch an verschiedenen Standorten in der Welt tätig sind und so die Auswirkungen der Pandemie sehr unterschiedlich erleben. Worin begründet sich diese Ungleichheit?

Der erste Blick auf bestehende Regulationsmöglichkeiten lässt zunächst einmal vermuten, dass durchaus ein großes Spektrum verschiedener Instrumente existiert, um Arbeits- und Menschenrechte entlang globaler Wertschöpfungsketten überprüfen und garantieren zu können. Dabei ist das Angebot vielseitig: Neben konkreten unternehmens- oder branchenbezogenen Regularien existieren nationale Regelwerke und gesetzliche Vorgaben, beispielsweise zu Berichtspflichten. Auch völkerrechtliche Standards sind vorhanden, vor allem die Kernarbeitsnormen der ILO, die OECD-Leitsätze

# Brüchige Lieferketten

Vorabdruck ■ Gewerkschaftliche Gegenmacht in Unternehmensnetzwerken angesichts von Corona. Von Kathrin Schäfers, Jochen Schroth, Manfred Wannöffel

Mit wenigen Ausnahmen, etwa beim Unternehmen Tesla in der Halbleiterherstellung, gibt es heutzutage nahezu keinen Automobilhersteller, der weitestgehend alle Bestandteile seiner Autos und der entsprechenden Infrastruktur selbst produziert bzw. anbietet. Im Gegenteil: Lean factory durch Outsourcing – das bedeutet die Vergabe von beispielsweise Sitzherstellung, Sound- und Lichtsystemen sowie die Komponentenfertigung durch Offshoring – hat sich als globales Produktionsmodell durchgesetzt. Dementsprechend erhöht sich die direkte Verlagerung von Standorten in »Best cost countries« seit mehr als 30 Jahren. Die Einsparpotentiale bei Löhnen, Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie bei der Einschränkung von Gewerkschaftsrechten liegen auf der Hand. Die Folgen für die Umwelt wurden seitdem ausgelagert und die externen Kosten der schlanken Produktionssysteme der Allgemeinheit auferlegt. Die globale Durchsetzung dieses »Toyota-Systems« hat seit Ende der 1980er Jahre maßgeblich zur Vertiefung der aktuellen Umweltkrise beigetragen.

Auf diesem Weg haben sich eine Vielzahl von multinationalen Unternehmen in den vergangenen Jahrzehnten eine starke Marktmacht erarbeitet: Sie bestimmten bereits bis 2015 mehr als 80 Prozent des gesamten Welthandels. Ihren Einfluss können sie sich in den komplexen Wertschöpfungsketten zunutze machen – und tun dies auch. Unter dem Label der »Wettbewerbsfähigkeit« drehen sich seitdem Lohnspiralen nach unten, werden Arbeits(schutz)standards und Beteiligungsrechte umgangen und eine Entsolidarisierung zwischen Beschäftigten forciert, wenn ihre Standorte bei Investitionsentscheidungen gegeneinander ausgespielt werden.

Mit dem Ausbruch der Pandemie Anfang 2020 hat sich insbesondere die Vulnerabilität der Wertschöpfungsketten gezeigt, die in den letzten drei Jahrzehnten immer komplexer geworden sind: In einer Vielzahl von Branchen gerieten die eng getakteten, komplexen Produktionen ins Stocken, zuvorderst diejenige der Automobilindustrie. Neben Lockdowns in den einzelnen Ländern und insbesondere in der Europäischen Union, hohen Krankenständen in Werken weltweit und verschärften Kontrollen an nationalen Grenzen und Exportverboten war und ist dies sowohl auf zugespitzte

vor hoch. Anfang Januar 2021 lebten 93 Prozent von ihnen in Ländern, in denen es in irgendeiner Form temporäre Werks- bzw. Betriebsschließungen oder Arbeitszeitreduzierungen gab. Während in Deutschland eine Vielzahl von Beschäftigten nach den nationalen Regelungen der Bundesregierung und der Arbeitsagentur sowie nach Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen zur Kurzarbeit bis zu 90 Prozent ihres Lohns fortgezahlt wurde, verfügen viele Beschäftigte an außereuropäischen Produktionsstandorten in der Regel nicht über diese Arbeits- und Sozialstandards.

Die weltweite Covid-19-Pandemie hat zweifelsfrei aufgezeigt, wie vulnerabel die grenzüberschreitenden Wertschöpfungsketten von Industrieunternehmen aus dem globalen Norden sind. Die wirtschaftlichen Konsequenzen durch Stillstand in der Produktion und Auftragseinbrüche beschleunigen die Tendenzen, die auch schon vor der Pandemie deutlich zu erkennen waren. Während insbesondere Großunternehmen, etwa in der Luftfahrtindustrie, auf staatliche Liquiditätshilfen oder aus Steuermitteln finanzierte Unterstützungen zurückgriffen, setzten sich parallel dazu die bereits vor Corona einsetzenden Tendenzen fort: Die einen übten einmal mehr Kostendruck und somit Druck auf die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten aus, die anderen stellten ganze Produktionsstandorte in Frage. Corona beschleunigte somit die mit der industriellen Transformation einhergehenden Veränderungen der Weltwirtschaft. Wie auch im internationalen Vergleich waren und sind es in Deutschland vor allem die Randbelegschaften, die erheblich unter den Einschnitten und Stellenabbauprogrammen leiden. Statt in Qualifizierungsmaßnahmen der Belegschaften zu investieren, werden vor dem Hintergrund unsicherer Zukunftsprognosen bei der Bewältigung der Coronakrise weitere Sparprogramme aufgelegt.

### Schwache Regulierung

Die Frage, wie globale Arbeits- und Menschenrechte in globalen Wertschöpfungsketten westlicher Industrieunternehmen kontrolliert und schließlich garantiert werden können, stellt sich bekanntermaßen nicht erst seit Covid-19. So erlangten die Missstände

für multinationale Unternehmen, die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte oder diverse Handels- und Investitionsschutzabkommen.

Bei genauerer Betrachtung wird deutlich, dass es sich bei einer Vielzahl der Regelwerke entweder um freiwillige Instrumente handelt oder um solche, die schwer zu überwachen und letztlich bei Verstößen rechtlich schwer oder gar nicht durchzusetzen sind. Unternehmen sind also weder rechtlich gezwungen, sich an gewisse Standards zu halten oder beispielsweise unternehmensbezogene Vereinbarungen abzuschließen, noch kann die Einhaltung einer Vielzahl der tatsächlich geltenden Regelungen überprüft werden. Daher kommt den betrieblichen Interessenvertretern an den diversen Standorten weltweit und, soweit sie existieren, den europäischen und Weltbetriebsräten an dieser Stelle eine besonders wichtige Rolle zu: Durch Vernetzung und Informationsaustausch untereinander können sie Missstände zunächst einmal aufdecken und, sofern möglich, mit geeigneten Strategien Druck erzeugen.

### Bedingungen in der Autobranche

Nachdem am 31. Dezember 2019 erstmalig der »Ausbruch einer neuen Lungenentzündung mit noch unbekannter Ursache« in Wuhan (China) bekannt geworden war, verbreitete sich die Pandemie wie ein Lauffeuer. Keine vier Wochen später bestätigte auch die deutsche Bundesregierung den ersten Fall bei einem bayerischen Automobilzulieferer, dessen Mitarbeiter Kontakt mit Beschäftigten aus dem chinesischen Produktionsstandort hatten. Mit Verzögerung erreichte das Virus letztlich nahezu alle Länder weltweit. Einen wesentlichen Ausgangspunkt der globalen Verbreitung stellte die globale Wertschöpfungskette der Automobilindustrie dar. Betriebsräte und die IG Metall – die für die deutschen Automobilstandorte zuständige Industriegewerkschaft – reagierten auf die globalen Herausforderungen im Arbeits- und Gesundheitsschutz mit der Verabredung von Maßnahmen, die unter anderem die Beschäftigungssicherung, die tarifvertragliche Aufstockung des Kurzarbeitergeldes und Hygienemaßnahmen betrafen. Gesellschaftspolitischen Druck übten darüber hinaus alle Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes



Die südafrikanische Metallarbeitergewerkschaft NUMSA droht

(DGB) auch gegenüber der Bundesregierung aus. Wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Stärkung der Binnennachfrage, zur Unterstützung für Familien unter diesen besonderen Herausforderungen und für mehr Arbeiterschutz wurden entwickelt. Bei allen Maßnahmen wurde von Beginn an auf eine möglichst ausgewogene Verteilung der Krisenlasten hingearbeitet. Laut Beschäftigtenbefragung der IG Metall im Jahr 2020 waren die Arbeiter mit den vereinbarten Maßnahmen zum Schutz ihrer Gesundheit, beispielsweise hinsichtlich Hygienemaßnahmen, versetzten Arbeitszeiten, Entfall von Dienststreifen oder Bereitstellung von Schutzausrüstungen, vor allem dann zufrieden, wenn Betriebsräte als »erreichbar und aktiv erlebt wurden«.<sup>2</sup>

Die arbeitspolitische Strategie der IG Metall konzentrierte sich dabei nicht allein auf die bundesdeutschen Standorte, sondern bezog die ausländischen Produktionsstandorte und die der Zulieferindustrie der deutschen Unternehmen mit ein. Die Standorte der weltweit agierenden Konzerne waren seit dem Ausbruch der Krise unterschiedlich von den Auswirkungen der Pandemie betroffen. Auch mit vorübergehenden Standortschließungen wurde je nach Region differenziert umgegangen. Entsprechend unterschiedlich fielen vor allem die getroffenen Schutzmaßnahmen aus, die das Infektionsrisiko der Beschäftigten minimieren sollten. Im folgenden soll an zwei Fallbeispielen verdeutlicht werden, wie sich die Pandemie in anderen Erdteilen ausbreitete und wie sie sich auf die Menschen, insbesondere die Beschäftigten, in diesen Ländern auswirkte. Südafrika und Mexiko stehen dabei im Fokus: Beide Länder gelten in ihren jeweiligen Regionen als verhältnismäßig starke Volkswirtschaften mit einem hohen Anteil an industrieller Wertschöpfung. Insbesondere sind dort eine Vielzahl multinationalen – und vor allem auch deutscher – Unternehmen vertreten. Darüber hinaus waren und sind sowohl Südafrika als auch Mexiko in hohem Maße von der Pandemie betroffen.

### Fallbeispiele: Südafrika und Mexiko

Südafrika stellt weltweit eine der am härtesten von Covid-19 betroffenen Nationen dar. Kein anderes Land auf dem afrikanischen Kontinent hatte solch



Protest mit Streik in der Zulieferindustrie für die Automobilproduktion, Johannesburg, 5. Oktober 2021

hohe Fallzahlen zu verzeichnen. Die erste Infektion wurde Anfang März 2020 registriert. Bereits Mitte März – bei einer Fallzahl von 61 – rief der Präsident den nationalen Notstand aus, mit dem Schulschließungen, Versammlungsverbote und Einreisebeschränkungen einhergingen. Dennoch stiegen die Infektionszahlen drastisch an: Bis zum 24. August 2021 gab es in Südafrika mehr als 2,69 Millionen Infizierte. Infolge der Pandemie sank die Wirtschaftsleistung im Land um insgesamt sieben Prozent. Vor allem der für Südafrika wichtige Automobilsektor war und ist stark betroffen. Für das Jahr 2020 verzeichnet die dortige Automobilindustrie einen Rückgang der Produktion und des Exports von Kraftfahrzeugen von jeweils rund 30 Prozent. Die Prognosen für 2021 und 2022 lassen nur eine langsame Erholung erwarten. In vielen Unternehmen wurden einzelne Standorte kurzfristig geschlossen, ohne dass es eine Lohnfortzahlung für die Beschäftigten gab. Andere Unternehmer zogen die Schließungstage vom Urlaubsanspruch der Mitarbeiter ab. Darüber hinaus ist eine Vielzahl von Fällen bekanntgeworden, bei denen Beschäftigte an ihren Arbeitsplatz zurückkehren mussten – ohne dass ausreichende Vorkehrungen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz getroffen wurden.

Die Pandemie hat sich dabei auch maßgeblich auf die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen ausgewirkt. Während Südafrika bereits seit vielen Jahren unter hoher Arbeitslosigkeit leidet, stieg die Zahl im zweiten Quartal 2021 auf 34,4 Prozent beziehungsweise 44,4 Prozent (inkl. derer, die arbeitslos, aber nicht arbeitssuchend sind) an. Zwar wurden staatlicherseits einige Maßnahmen ergriffen, um Menschen zu entlasten. Nennenswert ist hier beispielsweise eine vorübergehende finanzielle Unterstützung für diejenigen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben (Unemployment Insurance Fund). Aber nach Rechercheergebnissen der Metallarbeitergewerkschaft NUMSA war diese nicht ausreichend, um die Auswirkungen der vorübergehenden Schließung von Unternehmen abzufedern. Laut NUMSA wurden die Leistungen in einigen Fällen gar nicht oder nur in geringer Höhe ausbezahlt. Heute ist bekannt, dass vor allem diejenigen, die ohne Lohnfortzahlungen freigestellt wurden, pandemiebedingt unter starken psychischen Folgeschäden leiden. Darunter

litten vor allem auch die Qualifizierungsbestrebungen von jungen Menschen, die in Südafrika überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen sind.

Wie Südafrika ist auch Mexiko von der Pandemie stark betroffen. Der erste Covid-Fall wurde am 28. Februar 2020 bestätigt. Bis heute sind 3,2 Millionen Fälle gemeldet worden. Darüber hinaus wird die Dunkelziffer als sehr hoch eingeschätzt. Schon zu Beginn der Pandemie verzeichnete Mexiko im Vergleich zu anderen lateinamerikanischen Staaten die höchste Mortalitätsrate. Nur in den USA, Brasilien und Indien sind mehr Fälle bekannt, bei denen Menschen mit oder an Covid starben. Im Rahmen der Präventionsmaßnahmen zur Eindämmung der Pandemie mussten im Frühjahr 2020 alle als »nicht essentiell eingestuft Unternehmen und Institutionen« die Arbeit komplett einstellen. Im Juni desselben Jahres wurde die Wirtschaft jedoch bereits wieder hochgefahren. Trotz der geringen staatlichen Restriktionen erlitt die mexikanische Wirtschaft einen erheblichen Einbruch: 2020 sank die Wirtschaftsleistung im Vorjahresvergleich um 8,5 Prozent. Dieser Einbruch gilt als einer der drastischsten in der Geschichte Mexikos. In der Automobilindustrie ist der Abschwung noch deutlicher zu spüren: Nach Angaben des mexikanischen Nationalen Instituts für Statistik und Geographie (INEGI) sank der Inlandsabsatz allein im ersten Monat der Krise im Jahr 2020 um 64,5 Prozent auf rund 34.900 Fahrzeuge. Die Montageproduktion ging im März gegenüber dem Vorjahresmonat um 25 Prozent auf 261.800 Fahrzeuge zurück.

Die Beschäftigten in Mexiko hatten mit den Auswirkungen der Pandemie bis weit in das Jahr 2021 hinein zu kämpfen. Während einer Informationsreise der Autoren im Dezember 2021 ist eine Vielzahl von Fällen bekanntgeworden, bei denen sich Beschäftigte mit Covid-Symptomen an ihre Betriebsärzte gewendet hatten, dann aber mit dem Verweis auf Schmerzmittel wieder zurück zur Arbeit geschickt wurden. Allein im Werk des Fahrzeugzulieferers Lear Corporation in Rio Bravo, der für die in Mexiko ansässigen bundesdeutschen Automobilhersteller Volkswagen und Audi bedeutsam ist, starben im April 2020 mehr als ein Dutzend Beschäftigte an bzw. mit Corona. Auch war es gerade zu Beginn der Pandemie in der

Automobilzulieferindustrie in Mexiko üblich, dass Beschäftigten mit Kündigung gedroht wurde, wenn sie ihrer Arbeit nicht nachgingen – obwohl keine oder wenige Arbeitssicherheitsmaßnahmen getroffen wurden. Viele Beschäftigte sind nach vorübergehenden Schließungen mit Angst an ihre Arbeitsplätze zurückgekehrt.

Die mexikanische Regierung startete Ende 2020 die nationale Impfkampagne. Mitte August 2021 waren rund 51 Millionen der rund 126 Millionen Menschen in Mexiko mindestens einmal geimpft. 27,6 Millionen besitzen bereits den vollständigen Impfschutz. Geimpft werden praktisch sämtliche weltweit verfügbaren Impfstoffe. Auch Unternehmen wurden in Sachen Unterstützungsangeboten tätig: Der Zulieferer Lear, der im Jahr 2020 aufgrund hoher Todes- und Infektionsraten noch unter heftigem öffentlichen Druck stand, hat im Sommer 2021 mit der Unterstützung von Regierung, nationalen und regionalen Behörden ein eigenes Impfzentrum in Ciudad Juárez im Norden Mexikos eröffnet. 20.000 Beschäftigte und Angehörige sollten hier ihre erste Impfung bekommen.

Wo starke gewerkschaftliche Strukturen existieren, können Verbesserungen im Sinne der Beschäftigten erwirkt werden. Das gilt in Deutschland, aber auch global. So ist es der IG-Metall-Schwestergewerkschaft Southern African Clothing and Textile Workers Union (SACTWU) in Südafrika im April 2021 gelungen, ein globales Rahmenabkommen über eine Kampagne zur Coronaimpfung von Beschäftigten in der Bekleidungsindustrie abzuschließen. Die Vereinbarung zielt u. a. darauf ab, dass mindestens 80 Prozent der Mitarbeiter immunisiert und keine Arbeitsverträge zugelassen werden, die Beschäftigte aufgrund ihres Impfstatus diskriminieren.

Für das Beispiel Mexiko zeigt sich ein ähnliches Bild: Nachdem Unternehmen aufgrund des zunächst verantwortungslosen Umgangs mit der Pandemie unter öffentlichen, auch internationalen gewerkschaftlichen Druck geraten waren, wurde (mit Verzögerungen) ein Strategiewechsel vollzogen. Seit dem Sommer 2021 werden von den Unternehmen Test- und Impfkapazitäten aktiv aufgebaut, um die Pandemie einzudämmen. Das Management will so neue Infektionsfälle weitestgehend

vermeiden, vor allem weiteren Störungen der globalen Lieferketten weiter vorbeugen und weitere Produktionsstillstände insbesondere an deutschen Standorten abwenden. Allgemeingültige Standards und Vorgehen, die länderübergreifend an allen Standorten ergriffen werden, existieren bislang jedoch noch nicht. Dies stellt auch die transnationale gewerkschaftliche Arbeit, vor allem auf der Ebene von Unternehmens- und Konzernstrukturen, vor strukturelle Herausforderungen.

### Transnationale Gewerkschaftsarbeit

Grenzüberschreitende Produktionsmodelle verwässern die Grenzen von lokalen, regionalen, nationalen und transnationalen Sphären der Arbeit. Während Gewerkschaftsarbeit vorrangig national organisiert ist und zunächst der lokale Betrieb im Mittelpunkt der Arbeitspolitik und des gewerkschaftlichen Handelns steht, sind Unternehmen der Automobilbranche seit mehr als drei Dekaden global vernetzt. Unternehmerische Entscheidungen werden nicht dezentral gefällt, was sich zusehends darauf auswirkt, vor welchen Anforderungen die Interessenvertretungen stehen und welche Gestaltungsräume sie haben. Aufgrund dieser »Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen« gilt es, auch aus gewerkschaftlicher Sicht verstärkt entlang internationaler Liefer- und Wertschöpfungsketten Strategien zu entwickeln und die transnationale Ebene in unternehmensbezogene Aktivitäten einzubeziehen.

Um so wichtiger ist es daher, auf starke, grenzübergreifende Netzwerkstrukturen der Interessenvertreter setzen zu können. Sie sind die Basis internationaler Kooperation und maßgeblich entscheidend, wenn es darum geht, das Management auf Missstände hinzuweisen und zum Handeln zu zwingen – rechtlich und politisch. Unternehmensbezogene Kooperationen und Netzwerkstrukturen entlang der Wertschöpfungskette waren für gewerkschaftliche Akteure oftmals Neuland. Doch das hat sich in den vergangenen beiden Jahrzehnten zusehends geändert: Seit einigen Jahren versuchen hiesige Gewerkschaften verstärkt, transnationale Gewerkschaftspolitik, auch auf Unternehmensebene, zu fördern. Insbesondere durch die globale Coronapandemie verschärft, schlägt die IG Metall mit der Internationalen Netzwerkinitiative (NWI) einen Weg ein, um Betriebs- und Gewerkschaftspolitik transnational zu verknüpfen. Die NWI zielt auf die intensive grenzübergreifende Zusammenarbeit von Arbeitnehmervertretern global vernetzter Standorte ab. Ziel ist es, den globalen Unterbietungswettbewerb im Hinblick auf Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen zu verhindern und gemeinsam mit den Partnergewerkschaften grenzüberschreitende, arbeitspolitische Machtstrukturen aufzubauen. Im Zentrum steht die unternehmensbezogene Vernetzung der Arbeitnehmervertretungen entlang betriebs- und unternehmensspezifischer Themen wie der Bewältigung der gesundheitlichen Folgen der Pandemie durch effektiven Arbeits- und Gesundheitsschutz. Die Beispiele aus Mexiko und Südafrika zeigen, dass Unternehmen insbesondere dann Verantwortung für die Lieferkette übernehmen, wenn Arbeitnehmervertreter über ausreichende Machtressourcen verfügen, gesellschaftliche Gegenmacht zu mobilisieren.

#### ■ Anmerkungen

- 1 Bei der Responsible Business Alliance handelt es sich um einen Zusammenschluss von 380 großen Unternehmen aus verschiedensten Branchen, darunter Einzelhandel, Elektronik-, Automobil- und Spielwarenindustrie. In den vertretenen Branchen sind in 120 Ländern mehr als 21,5 Millionen Menschen direkt beschäftigt.
- 2 Jörg Hofmann und Katrin Mohr: Zukunftssicherung im Angesicht von Pandemie und Transformation. In: *WSI Mitteilungen* 74(2), 2021, S. 171–175, hier S. 173

■ Kathrin Schäfers und Jochen Schroth arbeiten in der transnationalen Abteilung beim Vorstand der IG Metall in Frankfurt am Main. Manfred Wannöffel leitet die Gemeinsame Arbeitsstelle Ruhr-Universität Bochum/IG Metall.

■ *Prokla* 206: Corona und die Folgen: Gewinner, Verlierer und Chancen für eine neue Gesellschaftspolitik, 52. Jg., Heft 1, März 2022, 176 Seiten, 15 Euro. Bestellung über: [buchladen-weltkugel.de/shop](http://buchladen-weltkugel.de/shop)

#### ■ Lesen Sie morgen auf den/iW-Themaseiten:

### Tag der Erinnerung. Franquistische Verbrechen auf Mallorca

Von Werner Abel